



BESCHLUSS (RESOLUTIONS-) ANTRAG

der Landtagsabgeordneten David Ellensohn, Dr.ⁱⁿ Jennifer Kickert, DI Martin Margulies, DI Huem Otero Garcia, Hans Arsenovic und Mag.^a Barbara Huemer (GRÜNE) , eingebracht in der Sitzung des Wiener Landtages am 24.6.2021 zu Post 11 der heutigen Tagesordnung betreffend

Informationsfreiheitsgesetz

B E G R Ü N D U N G

Wien als demokratisches Bundesland und Stadt zugleich hat transparent zu sein und zu agieren. Eine gute Verwaltung stellt Informationen zur Verfügung. Wien kommt als Großstadt eine Rolle als Vorreiterin zu und die Stadt Wien sollte diese auch ausbauen. Transparenz darf aber nicht beim Landtag enden, insofern stellt die Aufhebung des Amtsgeheimnisses als Prinzip einen weiteren Schritt in Richtung digitale Demokratie dar.

Der Abbau des Amtsgeheimnisses bei Wahrung der Rechte Dritter und der Vermeidung von unvertretbarem Mehraufwand für die Verwaltung ist dabei einer von mehreren wichtigen Schritten, zu dem es auf Bundesebene bereits Initiativen gibt.

Die gegenwärtige Pandemie hat das Krisenmanagement des Landes auf eine harte Probe gestellt, aber auch gezeigt dass es mehr Information braucht und nicht weniger. Eine proaktive, lebenslagen- und bedarfsorientierte Kommunikation und Servicierung durch die Verwaltung, aber auch die Sicherstellung einer solchen Information durch Gemeinderat und Landtag ist notwendig.

Die unterzeichnenden Landtagsabgeordneten stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Wiener Landtag folgenden

BESCHLUSSANTRAG:

Der Landtag wolle beschließen:

Der Wiener Landtag unterstützt die Bestrebungen auf Bundesebene einen einheitlichen Rahmen für ein Informationsfreiheitsgesetz, auch unter Einbeziehung der allgemeinen Vertretungskörper auf Bundes- und Landesebene, zu schaffen.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung dieses Antrages.

Wien, am 24.6.2021